

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger Mannheims und der Metropolregion,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Sie sind uns alle herzlich willkommen. Sie alle zeigen durch Ihre Anwesenheit, dass Sie sich als Bürgerinnen und Bürger verstehen, aktiv an unserem Gemeinwesen teilnehmen und es mit gestalten. Das ist der große Reichtum unserer Stadt.

Ich wünsche Ihnen allen – auch im Namen meiner Frau, ein gutes, ein glückliches 2010, das Ihre Hoffnungen und Wünsche erfüllt.

Es war der Wunsch am Ende meiner Neujahrsrede 2009, dass wir heute sagen können, dass wir die Herausforderungen des Jahres 2009 gut bestanden haben. Und das können wir heute feststellen.

Wir schauen auf kein einfaches Jahr zurück, es war aber alles andere als ein Jahr des Stillstands.

Wir haben den „Stau“, den ich letztes Jahr beschrieben habe, vermeiden können. Ich weiß, dass mancher die letztjährige Rede als zu hoffnungsvoll sah. Und sicher ist es so, dass man in Deutschland umso mehr Zustimmung erhält, je skeptischer man sich ausdrückt. Pessimismus gilt als gedankenvoll, Optimismus als naiv.

Die Hoffnungen und Ankündigungen für 2009 haben sich aber realisiert: Tatsächlich ist die Arbeitsmarktentwicklung 2009 einigermaßen stabil geblieben, wie am Neujahrsempfang erhofft. Auch haben wir - wie angekündigt - das Investitionsprogramm 2009 nahezu unverändert umgesetzt und durch das Konjunkturprogramm noch deutlich verstärkt. Und die damalige Aussicht, „dass wir am Ende des Jahres 2009 so stehen wie wir es mit unserem Doppel-Haushalt geplant hatten“, wird Realität.

Dass die Krise 2009 noch nicht in dem Umfang angekommen ist und eine Depression vermieden wurde, hat etwas damit zu tun, dass viele – Unternehmen wie Bürgerinnen und Bürger - gemeinschaftlich gehandelt haben, und dass Zuversicht bestand.

2009 hat aber auch gezeigt, dass wir es nicht mit einem schnell zu überwindenden Einschnitt zu tun haben, sondern mit einer uns zumindest in den kommenden zwei bis vier Jahren fordernden Krise.

Die politischen Herausforderungen des Jahres 2010 sind damit größer als die im vergangenen Jahr.

Weichenstellungen werden gefordert.

Dabei gilt es jetzt zu Entscheidungen, gerade auch den schwierigen, zu kommen und nicht alle Fragen in die Zukunft zu vertagen.

Die Politik hatte sich 2009 bewährt in der Krisenbekämpfung. Jetzt steht noch einmal eine Bewährungsprobe an. Es geht darum, die richtige Balance zu finden zwischen derzeit noch erforderlicher Konjunkturpolitik, Bewahrung der Wettbewerbs- und damit Zukunftsfähigkeit und einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

War das Haushaltsjahr 2008 das Beste der deutschen Kommunen nach dem 2. Weltkrieg, war 2009 wohl das schlechteste Haushaltsjahr. Gravierender kann ein Umschwung nicht sein.

Dennoch bedeutet dies nicht, den bislang beschrittenen Weg nicht weiterzugehen.

Im Gegenteil: Wir können auch in der Krise nicht darauf verzichten, die Stadt weiter voranzubringen, Mannheim zu stärken. Unser Auftrag lautet, die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern. Die Wettbewerbsfähigkeit mit Blick auf den Wirtschaftsstandort, auf den Wohnstandort, auf eine Verbesserung der sozialen Integration. Stagnation oder Rückschritt können wir uns im wahrsten Sinne des Wortes nicht leisten.

Wenn wir dafür weiter investieren, ist die Kürzung an anderer Stelle jedoch umso schwerer zu vermitteln.

Ein solches Vorgehen verlangt also noch mehr Überzeugungskraft, Leidenschaft und Bereitschaft zur Diskussion, weil wir – wie beim Autorennen – in dichtem Wechsel Gaspedal und Bremse nahezu gleichzeitig bedienen. Dies ist erforderlich, um in der Spur zu bleiben. Bremsen allein ist zwar leichter zu vermitteln, würde aber gerade bedeuten, die Stadt nicht mehr voranzubringen.

Wenn wir diese Herausforderung annehmen, ist die Krise sogar eine Chance, weil sie uns dann dazu zwingt, noch stringenter und noch entschiedener zu handeln.

Ich bitte Sie dabei, die Politik zu unterstützen und zu bestärken. Denn wir sind derzeit in einer eigenartigen politischen Situation: Es gibt nach meiner Wahrnehmung ein großes Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die Herausforderungen der aktuellen Situation, für den Einbruch bei den öffentlichen Haushalten und für die Notwendigkeit von Einschnitten. Viele in der Politik nehmen dies jedoch nicht wahr.

Sie sind fixiert auf Wahlprogramme und Parteitage. Gerade nach den Erfahrungen der letzten Jahre haben viele in der Politik die Überzeugung, dass schwierige Entscheidungen letztlich nicht zu vermitteln sind.

Ich glaube das nicht. Ich meine, die politischen Repräsentanten können und müssen mutiger sein.

Ich bitte Sie deshalb um etwas Ungewöhnliches:

Machen Sie der Politik Mut!

Zeigen Sie sich „betroffen“ auch dann, wenn Sie einen Weg, eine Entscheidung für richtig halten.

Wir reden oft von „Betroffenen“ und meinen diejenigen, die sich negativ von einer Entscheidung angesprochen sehen.

„Betroffen“ sind wir jedoch immer alle, denn es geht immer um die Frage, wie wir meinen, dass sich unser Gemeinwesen und unsere Stadt entwickeln sollten. Wenn aber nur Einzelinteressen artikuliert werden, ergibt dies keine Richtung für das Gemeinwesen insgesamt.

Zum Jahreswechsel ist mir ein Zitat von Manfred Rommel in Erinnerung gebracht worden. Es lautet „Die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Gemeinwohl, sondern Chaos.“ Sich am Gemeinwohl zu orientieren und nicht an Einzelinteressen, das ist in diesen Zeiten, die eben nicht nur Entscheidungen für ein „Mehr“ sondern auch Entscheidungen für ein „Weniger“ oder ein „Anders“ verlangen, besonders herausfordernd.

Dazu wünsche ich uns die Kraft in diesem Jahr.

Die dramatischen Haushaltsverschlechterungen der nächsten vier Jahre wollen wir dadurch auffangen, dass wir zu knapp einem Drittel dies über Neuverschuldung darstellen; gut ein

Drittel wird über Rücklage und Vermögensverkäufe bewältigt werden können, ein Drittel müssen Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen bringen. Dabei werden wir am Anfang des Vier-Jahres-Planes überwiegend auf Verschuldung und Vermögen setzen, am Ende auf die Strukturverbesserungen des laufenden Haushalts, so dass dann wieder ausgeglichene Haushalte erreicht werden können.

Mit dieser Strategie handeln wir in Übereinstimmung mit dem, was der Sachverständigenrat in seinem Gutachten „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“ der Bundesregierung empfohlen hat.

Das heißt, in dieser außergewöhnlichen Situation können wir auf keine der vier finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten verzichten. Das sind:

1. Schrittweise Strukturverbesserungen des Haushalts durch Organisationsänderungen, Leistungskürzungen, Veränderungen der kommunalen Infrastruktur und verbesserte Steuerungs- und Eingliederungseffekte bei sozialen Ausgaben
2. Erhöhung der Einnahmen, wozu im Hinblick auf die erhebliche Unterdeckung auch Steuererhöhungen unvermeidbar dazugehören. Dabei haben wir vor dem Hintergrund der noch aktuell auf die Unternehmen einwirkenden Wirtschaftskrise auf einen Erhöhungsvorschlag für die Gewerbesteuer verzichtet. Die

Grundsteuer erscheint uns demgegenüber als deutlich niedrigere und vertretbare Belastung, die zu 44% die Wirtschaft und zu 56% die Bevölkerung insgesamt betrifft. Wir bewegen uns mit dieser Entscheidung in einem Umfeld ähnlicher Reaktionen in vielen Städten. So ist eine Grundsteuererhöhung für Ludwigshafen angekündigt und eine Grundsteuererhöhung von 400 auf 520 Punkte in Stuttgart beschlossen worden. Wir haben dem Gemeinderat vorgeschlagen, den Hebesatz von 400 auf 450 Punkte anzuheben.

3. Einsatz von Vermögen

Hier konzentrieren wir uns auf den Verkauf von Grundstücken, mit denen wir gleichzeitig Impulse für die Stadtentwicklung setzen wollen.

Der Verkauf von Aktien der MVV würde strukturell den Haushalt nicht entlasten, da wir hier auch eine Dividende erzielen. Deshalb haben wir dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgeschlagen. Verheerend wäre es, das Vermögen zur Vermeidung von Ausgabenkürzungen oder Einnahmeerhöhungen einzusetzen. Das ist nicht nachhaltig.

4. In der Krise für Investitionen Neu-Verschuldung in Kauf nehmen.

Wir haben in den letzten drei Jahren 73 Mio. Euro Schulden abgebaut. Diese Schulden werden wir nach unseren Planungen in den nächsten beiden Jahren wieder aufnehmen. Bei den

sogenannten kreditähnlichen Rechtsgeschäften werden wir jedoch weiter tilgen.

Insgesamt liegen wir damit am Ende des Jahres 2011 noch mit über 15 Millionen Euro unter dem Stand der Verschuldung Ende 2006. Und dies gilt auch für unsere Planung bis 2013. Wenn uns dies gelingt, ist dies in Anbetracht der Weltwirtschaftskrise ein finanzpolitisch absolut vertretbares Ergebnis.

Der Haushaltsentwurf ist auch ein Angebot an den Gemeinderat, zu einem breiten Konsens zu kommen. Der Entwurf enthält Zumutungen und Positives aus unserer Sicht für alle Seiten. Die Gefahr ist groß, sich in einer so herausfordernden Situation auseinanderzuidividieren, nach Profilierungen zu suchen, unangenehme Entscheidungen anderen zu überlassen. Ein Mehr an Parteitaktik statt ein Weniger – das ist in dieser Lage in vielen Städten zu beobachten.

Ich appelliere an den Gemeinderat, diesen scheinbar einfacheren Weg nicht zu gehen und nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame zu suchen.

Die Investitionen und Projekte, die wir in den nächsten zwei Jahren fortsetzen und beginnen möchten, sollen dafür sorgen, dass wir die Bevölkerungszahl halten können, dass die soziale Struktur sich stabilisiert, dass wir unsere Infrastruktur anpassen

und verbessern und dass neue Unternehmen hier eine Perspektive finden. Einige wenige will ich nennen:

Mannheim 21 ist das herausragende Stadtentwicklungsprojekt im Bereich Wohnen und Gewerbe. Hier entsteht auf rund 28 Hektar Fläche ein hoch attraktives neues Stadtquartier mit einem Mix aus Wohnen, Gewerbe, Bildung und Wissenschaft sowie Handel und Gastronomie. Wir wollen aus der Not eine Tugend machen und dieses Projekt in der Krise nicht verlangsamen, sondern beschleunigen. Wir wollen nämlich auf den Baufeldern, die von der Verlagerung der Straßen nur mittelbar berührt sind, schon parallel zum Bau der Südtangente Investitionen ermöglichen. Dies wäre ein signifikantes Aufbruchsignal. Unser Bestreben ist es, hier eine Auftaktinvestition im Bereich der Hochschulbildung zu realisieren.

Wir schlagen auch vor, soziale, sportliche bzw. schulische Infrastruktur aufzugeben und die freiwerdenden Gelände im Sinne unserer Stadtentwicklung und der Attraktivierung Mannheims als Wohnstandort fortzuentwickeln. Wir wollen beispielsweise den Wohnstandort Innenstadt mit qualitativ ansprechendem Wohnungsneubau entscheidend aufwerten und damit der Innenstadt eine neue Perspektive geben. Dafür wollen wir einen Schulstandort, nämlich die Sickingerschule in T4/T5 aufgeben. T 4/T 5 kann die Wohnungsbauentwicklung

durch die neuen Projekte in R 3, in R 7 und Q 6/Q 7 nahtlos fortsetzen und in eine größere Dimension führen.

Neue Potentiale wollen wir ermitteln und verdeutlichen, in dem wir die Wasserlagen an der Schnittstelle von Stadt und Hafen am Verbindungskanal und am Rhein untersuchen.

Im Frühjahr soll sich auch die Zukunft der Turley-Barracks in der Neckarstadt entscheiden.

Qualitätvoller Wohnungsbau und Bildungsinvestitionen sollen – wenn sich unsere Vorstellungen realisieren - hier kombiniert werden.

Auf dem bald ehemaligen Militärgelände der US-Army in Friedrichsfeld werden ab Februar die ersten privaten Investitionen beginnen.

Mit EU-Mitteln werden wir konsequent in unsere Erfolgsgeschichte Gründerförderung und Kreativwirtschaft investieren. Mit einem Beteiligungsfonds, den Erweiterungen von MAFINEX und Popakademie, sowie einem neuen Wirtschafts- und Kulturzentrum „Altes Volksbad“ werden wir mehr als nur Akzente setzen.

Wir wollen mindestens 1 Mio. Fahrgäste im Jahr für unseren ÖPNV zusätzlich gewinnen – für mehr Lebensqualität in unserer Stadt. Dies ist möglich und nur möglich über das

Stadtbahn-Projekt in den Mannheimer Norden, mit dem wir die letzte große Lücke im Stadtbahnnetz schließen können. Das Projekt würde ohne Mittel aus dem städtischen Haushalt finanziert werden, und ist mit mehr als 70 Mio. Euro selbst schon ein kleines Konjunkturprogramm. Da die Finanzierung aus Bundesmitteln 2019 endet, besteht nur noch für kurze Zeit eine realistische Chance, diese Maßnahme verwirklichen zu können.

Auch die Klimaschutzkonzeption 2020 stützt die Konjunktur und ist ein Beitrag für qualitatives Wachstum. Wir haben uns hohe Ziele gesetzt. Die Konzeption zeigt, dass CO₂-Minderungspotenziale von 40% bis 2020 in Mannheim erreicht werden können.

Die Erneuerung der Allee Augustaanlage schließlich ist ein Projekt, bei dem es nicht allein um Gefahrenabwehr und Sanierung geht. Es ist auch ein Projekt, das eine unsere Identität prägende, historische Stadtgestaltung nachhaltig sichert und für die kommenden Jahrzehnte neue Qualitäten schafft. Die Wiederherstellung dieses einzigartigen Stadteingangs ist eine direkte Investition in unser Stadtbild. Die Wiederherstellung der Allee könnte ein großes bürgerschaftliches Projekt werden. Meine Vorstellung ist, dass wir für jeden der rund 200 Bäume einen Paten bzw. eine Patin finden. Das wäre auch ein starkes Zeichen für die „Bürgerstadt

Mannheim“, ein Projekt, das den Stolz auf unsere Stadt mehren kann.

Die Investitionen in Bildung bleiben die größte und wichtigste Einzelposition.

Wir wollen frühzeitig Familien unterstützen, um so spätere Ausgaben zu vermeiden und die Chancen auf einen Bildungserfolg der Kinder zu erhöhen.

Wir haben zwei Eltern-Kind-Zentren eingerichtet, in denen Hebammen, Erzieherinnen, Psychologen, Ärzte zusammenarbeiten, um Familien mit in ihrer Entwicklung gefährdeten Kindern zu helfen. Wir wollen die Zahl dieser Eltern-Kind-Zentren in den beiden nächsten Haushaltsjahren um jeweils zwei neue Standorte aufstocken. Wir wollen damit auch sicherstellen, dass bei der Vergabe von Krippenplätzen gerade auch Kinder erreicht werden, bei denen die größten Wirkungen erzielt werden können.

Wir werden in den nächsten beiden Jahren 41 neue Gruppen in Kinderkrippen einrichten und die Qualität der Kindertagesstätten ausbauen. Das ist Familienpolitik, die wirksam ist, während die bloße Verteilung von Geld, die in Deutschland als Familienpolitik diskutiert und umgesetzt wird, keinen erkennbaren familienpolitischen oder bildungspolitischen Effekt gezeigt hat.

Die Dimension unserer Anstrengungen ist gewaltig. Schon heute belaufen sich die laufenden Ausgaben für den Bereich Tageseinrichtungen für Kinder auf über 70 Millionen Euro. Die Steigerungsraten liegen bei über 7%, d.h. 5 Mio. Euro jährlich. Ich bin der Überzeugung, dass dieses Geld für eine gute Zukunft unserer Stadt unverzichtbar ist. Wir müssen aber vor dem Hintergrund der Finanzkrise auch Eltern an diesem Ausbau stärker als bislang finanziell beteiligen.

Dabei müssen wir zunächst einmal nüchtern feststellen, dass die im Vergleich zu anderen baden-württembergischen Kommunen überaus günstigen Gebühren für die städtischen Angebote im Kindergartenbereich 70% der Eltern und im Krippenbereich 50% der Eltern überhaupt nicht erreichen. Diese 70 bzw. 50% zahlen bei Kirchen und freien Trägern deutlich höhere Gebühren. Dennoch werden die Kindertagesstätten erkennbar nach Nähe und überzeugender pädagogischer Konzeption ausgewählt und nicht nach Gebührengestaltung, zumal für ca. 20% der Kinder die Stadt Mannheim im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe die Gebühren unmittelbar übernimmt und für mehrere Kinder eine deutliche Reduktion vorzusehen ist. Also lassen Sie uns nicht abstrakt diskutieren über Familienfreundlichkeit, sondern darüber, wie wir mit knappen Ressourcen die größte Wirkung erzielen und weniger wirkungsvolle Ausgaben auch reduzieren.

Unser zentrales Ziel in der Bildungspolitik ist es, die Zahlen, die ich Ihnen auf dem letzten Neujahrsempfang genannt habe, nachhaltig zu verbessern: Nur 20% beträgt die Abiturquote in unserer Stadt, ein Drittel der Kinder hat erheblichen Sprachförderbedarf bei der Einschulung und 9% brechen die Schule ab.

Eine neue Qualität von Schulentwicklung in unserer Stadt wollen wir erreichen mit dem „Mannheimer Unterstützungssystem Schule“, das in die zweite Runde geht, dem Projekt „ein Quadratkilometer Bildung“ in der Neckarstadt, der Teilnahme am Landesprogramm Bildungsregionen und am Bundesprogramm „Lernen vor Ort“. Mit über 1 Mio.Euro werden wir hier unterstützt. Eine jährliche Bildungskonferenz, ein Bildungsbeirat und ein Bildungsbericht werden neue, wichtige Impulse setzen.

Wir bauen damit eine Struktur auf, die auch ein schwieriges Projekt wie die Einführung der Werkrealschule kompetent begleiten kann.

Natürlich werden wir jetzt eine breite Debatte für nahezu alle strittigen Schulstandorte bekommen. Bei dem enormen und kaum zu deckenden Investitionsbedarf für Schulen insgesamt, ist es jedoch umso wichtiger, dass wir nur nachhaltige Strukturen erhalten und nur in diese im erforderlichen Maß investieren. In den vergangen zwei Doppelhaushalten sind wir mit einer Gesamtsumme von etwa 100 Millionen Euro bei der

Sanierung von Schulen ein gutes Stück vorangekommen. Von 2010 bis 2013 werden 87 Millionen Euro in Gebäude investiert. Mehr ist kaum möglich.

Meine Damen und Herren,
wir zeigen mit diesem Haushaltsentwurf, dass unsere Stadt nach wie vor handlungsfähig ist.

Ich will jedoch nicht verschweigen, dass wir auf Dauer als Kommunen die Probleme nicht allein werden meistern können. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht ja nicht erst seit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise auseinander. Die Einnahmeausfälle fallen mit über 50 Millionen Euro in 2010 und über 60 Millionen Euro in 2011 bei Gewerbe- und Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen historisch aus. Die Ausgabendynamik bei den Kosten der Unterkunft, der Sozialhilfe im Alter, der Eingliederungshilfe und der Erziehungshilfe habe ich jedoch schon oft dargestellt und ist nicht neu.

Vor 20 Jahren haben die deutschen Städte noch ungefähr soviel investiert, wie sie an sozialen Transferleistungen zu erbringen hatten. Heute wird mehr als das Doppelte an Sozialleistungen erbracht als investiert. In den nächsten Jahren kann das Verhältnis auf 1:4 rutschen – das ist nicht zukunftsfähig.

Doch anstatt von Transferleistungen entlastet zu werden, droht nicht nur über die Wirtschaftskrise eine dramatische Verschärfung. Die Trennung der Jobcenter in zwei Behörden mitten in der Konjunkturkrise ist nicht nur für die arbeitssuchenden Menschen ein Skandal. Sie ist für die Kommunen organisatorisch und finanziell eine unzumutbare Belastung und letztlich auch ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung. Wir haben bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit in Mannheim herausragende Erfolge erzielt, die nun nicht mehr zu erzielen sein werden. Die Erhaltung der Jobcenter oder die Kommunalisierung bei entsprechender finanzieller Absicherung sind die einzig sachgerechten, vernünftigen Antworten. Die Wahrscheinlichkeit, dies noch erreichen zu können, ist leider nicht sehr hoch. Ich muss gestehen, dass ich keinen Fall kenne, bei dem ohne jede nachvollziehbare Begründung ein derartiger Schaden angerichtet wird.

Für mich ist diese Entscheidung auch ein Symbol. Und es wird Zeit, dass sich die Bundespolitik inklusive des Bundesrats etwas klarmacht:

Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich nicht in Berlin, sondern vor Ort. Eine starke und funktionierende kommunale Selbstverwaltung ist auch ein entscheidender Teil des Erfolgsmodells Deutschland. Wer die Großstädte auf Dauer mit den Problemen allein lässt und damit für Infrastruktur, Bildung

und Integration nicht genug leisten lässt, der gefährdet dieses Erfolgsmodell.

Meine Damen und Herren,

ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass eine Stadt von der Bürgerschaft gemeinsam gestaltet wird und nur zum kleineren Teil von ihrer Verwaltung.

Die öffentlichen Hände werden nun deutlich weniger Geld zur Verfügung haben.

In einer solchen Phase kommt es noch mehr als sonst darauf an, wie sich alle anderen Akteure verhalten.

Noch mehr als sonst geht es deshalb um Erwartungen, um Zuversicht, um gemeinsame Ziele. Sie sind die Grundlagen jedes Engagements – des unternehmerischen genauso wie des bürgerschaftlichen.

Wenn ich uns allen einen guten Vorsatz für 2010 formulieren dürfte, dann wäre es folgender: Fragen wir uns bei dem, was wir tun oder sagen vorher, ob wir damit die Zuversicht mehren oder ob wir sie mindern.

Fragen wir uns, ob wir für ein gemeinsames Ziel motivieren oder demotivieren.

Trotz der vor uns liegenden schwierigen Wegstrecke haben wir allen Grund, Zutrauen zu haben - in die Entwicklung und Kraft unserer Stadt.

Wenn wir als Zentrum einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas und der Welt keine Zuversicht haben sollten – wer sollte sie eigentlich haben?

Der Standort Mannheim hat sich in jüngster Zeit in vielen Bereichen eine herausragende Position erarbeitet. Mannheim belegt in aktuellen Rankings, egal ob zu Wirtschaftskraft, Beschäftigungsentwicklung, Lebensqualität oder Immobilienmarkt immer einen der vorderen Ränge.

Platz 9 erreichte Mannheim im Städteranking der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“; in der „Wirtschaftswoche“ vom 24.08.2009 wurde Mannheim zur Gruppe der fünf innovativsten deutschen Städte mit dem größten Zukunftspotenzial gerechnet. Bei der Untersuchung der Prognos AG belegten wir einen hervorragenden 13. Platz unter allen 409 kreisfreien Städten und Kreisen bundesweit. Zuletzt wurde Mannheim unter den 40 besten deutschen Handelsstädten als Sieger bewertet. Diese durchweg guten Bewertungen geben unseren Anstrengungen Rückenwind. Diese unabhängigen Wirtschaftsstudien sind auch für Investoren und Entscheider Kennzahlen zur Qualität des Standorts Mannheim.

Auch die ansässigen Unternehmen stehen erkennbar zum Standort und investierten allein 2009 in dreistelliger

Millionenhöhe bei Roche in Mannheim, bei Alstom, Rhein Chemie, Siemens, EvoBus und im Mercedes-Werk.

Wir werden dennoch nicht stehen bleiben und setzen vor dem Hintergrund der erkennbaren großen Herausforderungen mit der neuen wirtschaftspolitischen Strategie und einer Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der Standortstärkung.

Auch die Wahrnehmung Mannheims hat sich noch weiter verbessert. Seit 2004 messen wir die Berichterstattung. Noch nie wurde so viel und so viel Positives über Mannheim berichtet wie im Sommer 2009. Und wir präsentieren uns z.B. mit unseren Mannheim-Abenden gegenüber der Landespolitik, aber auch auf Messen und auf europäischen Kongressen. Im Wettbewerb der Standorte wird auch dies immer wichtiger.

Hierin liegt auch ein Grund, weshalb wir in den nächsten vier Jahren mit großen Veranstaltungen Gastgeber sein wollen: 2010 für die Eishockey-WM, 2011 für „125 Jahre Automobil“, 2012 für den Deutschen Katholikentag und 2013 für das Internationale Deutsche Turnfest.

Erwartungen und Zuversicht sind eine Grundlage für Engagement, sie können sich jedoch kaum entfalten ohne gemeinsame Ziele.

Wir haben Anfang 2009 sieben strategische Ziele für die Stadt beschrieben, die uns Orientierung geben und gerade jetzt helfen können, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Diese Ziele gehen auf unsere besonderen Schwierigkeiten, aber auch unsere besonderen Chancen ein.

1. Wir wollen unsere Urbanität stärken. Wir bekennen uns als Großstadt und als Zentrum einer Metropolregion. (Rosengarten und Friedrichsplatz) Eine Metropole mit menschlichem Maß, ökologisch und sozial - das ist unsere Stärke, die wir konsequent ausbauen wollen.
2. Wir wollen Talente überdurchschnittlich gewinnen und halten. Wir werden in den nächsten zehn Jahren Zehntausende besonders qualifizierter Arbeitnehmer und Gründer brauchen. Wir müssen sie für unsere Stadt und die Region gewinnen.
3. Wir wollen die Zahl der Unternehmen und (qualifizierten) Arbeitsplätze in Mannheim steigern.
4. Wir wollen Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen sein.
5. Wir wollen Vorbild für Bildungsgerechtigkeit sein, weil wir als Stadt von mangelnder Bildungsgerechtigkeit und dem mangelnden Bildungserfolg der Schwächeren besonders betroffen sind.

6. Wir wollen zu den überdurchschnittlich stadtkulturell geprägten Städten gehören, weil wir hier besondere Erfolge in den letzten Jahren erzielt haben und Chancen für unsere Stadt sehen.
7. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement und die Mitwirkung stärken. Die überdurchschnittliche Identifikation der Mannheimerinnen und Mannheimer mit ihrer Stadt ist ein großes Potential.

Aus diesen sieben Zielen ergibt sich auch, weshalb wir das Projekt Kulturhauptstadt 2020 weiterverfolgen wollen. - Ein Projekt übrigens, das auch aus der Bürgerschaft vorgeschlagen wurde. –

Es ist ein Projekt, mit dem alle sieben Ziele zugleich verfolgt werden können, denn das Projekt Kulturhauptstadt ist kein reines Kulturprojekt. Es geht letztlich um einen Stadtentwicklungsprozess. Es geht um die Frage an uns alle: in welcher Stadt wollen wir 2020 leben, wie soll Mannheim 2020 aussehen und wie wollen wir dorthin gelangen. Dies wollen wir in den nächsten zwei bis drei Jahren beschreiben, gemeinsam erarbeiten. Und dieses Ziel wollen wir dann auf jeden Fall verfolgen – mit gewaltigem Schub im Falle einer erfolgreichen Bewerbung oder etwas langsamer und weniger auffällig, aber genauso konsequent, wenn es mit der Bewerbung nicht klappen sollte.

Worum es geht, hat Trevor Davies, Leiter der Kulturhauptstädte Kopenhagen und Aarhus so ausgedrückt: „Sie brauchen keine acht Jahre, um Kulturveranstaltungen zu organisieren, aber Sie brauchen acht Jahre, um Denkweisen zu ändern und geeignete Strukturen aufzubauen. Die Bereitschaft zur Veränderung muss vorhanden sein, sowohl bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung als auch bei den Einwohnern einer Stadt – nach dem Motto: „Lasst uns zusammenarbeiten und unsere Stadt zu einem besseren Ort machen.“

Diese Haltung lässt die Stadt auch dann gewinnen, wenn der Titel am Ende nicht verliehen wird.

Meine Damen und Herren,

die Kraft einer solchen Idee ist schon jetzt spürbar: Wir haben in den letzten eineinhalb Jahren der Prüfung der Idee bereits viel Unterstützung und Aufmerksamkeit erreicht- wie mit kaum einem anderen Vorhaben.

So hat sich die Metropolregion einhellig entschieden, sich künftig in den Prozess einzubringen und die Bewerbung als eine Aktivität zu verstehen, in der Mannheim gleichermaßen Schrittmacher wie Kooperationspartner sein soll. Ein erster Schritt soll die Gründung eines gemeinsamen regionalen Kulturbüros in diesem Jahr sein. Dieses gemeinsame Angehen eines großen Projekts ist ein Schritt, der in seiner Bedeutung weit über das Thema Kulturhauptstadt hinausreicht.

Meine Damen und Herren,

wir haben den diesjährigen Neujahrsempfang unter die Überschrift „bunte Stadt“ gestellt. Das ist zunächst einmal kein Programm oder Ziel. Es ist eine Tatsache. Wir sind eine bunte, eine vielgestaltige Stadt.

Die zweite Tatsache ist, dass nur vielfältige Städte Zukunftsstädte sind. Also können wir uns nicht keine Vielfalt wünschen.

Aber Vielfalt garantiert nicht den Erfolg. Nicht jede vielfältige Stadt bewältigt die damit verbundenen Herausforderungen.

Unsere Tradition des Zusammenlebens verschiedener Nationen, Religionen und Kulturen über Jahrhunderte ist für die Bewältigung der Herausforderungen ein entscheidendes Potential.

Wir wollen es nutzen. Es muss unser Ziel sein, dass sich alle Menschen zugehörig und beheimatet fühlen. Denn Zugehörigkeit erzeugt und fördert auch gesellschaftliche Verantwortung. Deshalb haben wir 2009 den Aufbau eines Migrationsforums begonnen; deshalb werden wir 2010 einen neuen Migrationsbeirat berufen, der intensiver in die Diskussionen des Gemeinderats einbezogen wird und deshalb präsentieren sich heute eine Reihe von Migrantorganisationen, die gesellschaftliche Verantwortung für unsere Stadt längst leben.

Wir wollen, dass sich alle als Mannheimerinnen und Mannheimer fühlen und auch eine Verantwortung für die Stadt empfinden. Das kann eine rein auf Förderung und Unterstützung, allein auf Defizite ausgerichtete Integrationspolitik nicht leisten. Wir brauchen mehr Begegnung, mehr interkulturelle Öffnung der Institutionen und die Schaffung verbesserter Möglichkeiten für eine Mitgestaltung.

Teilhabe zu fordern und anzubieten hat aber auch Konsequenzen. In einer Stadtgesellschaft mit einer wachsenden Zahl an muslimischen Kindern beschreibt z.B. der Antrag auf Einrichtung eines Kindergartens in muslimischer Trägerschaft eine Erwartung an Teilhabe und Mitgestaltung durch 10% der Bevölkerung. Dieser Anspruch irritiert viele. Daran vorbeizureden, macht keinen Sinn. Die Irritation beruht auf dem wachsenden Misstrauen gegenüber dem Islam. Man kann es so sehen: Die Terroristen des 11. September 2001 haben ihr Ziel erreicht und eine tiefe, weltweite Spaltung verursacht und mit ihren Verbrechen den Islam pauschal in Misskredit gebracht.

Aber: Mehr als 50% der eingeschulter Kinder in unserer Stadt haben einen Migrationshintergrund, knapp ein Drittel davon ist muslimischen Glaubens. Die Frage ist einfach: wollen wir ihnen, ihren Eltern oder einem großen Teil von ihnen grundsätzlich mit Misstrauen begegnen? Was das für die Zukunft unserer Stadt

bedeuten würde, können wir in zahlreichen europäischen Städten sehen.

Gerade wenn wir uns von denen in unserer Gesellschaft distanzieren wollen, die die Werte unseres Grundgesetzes nicht teilen, müssen wir allen anderen vorurteilsfrei begegnen.

Es geht im Kern um die Frage: Ist für uns mehrheitlich Nicht-Muslime ein muslimischer Mannheimer oder eine muslimische Mannheimerin, die sich zu ihrem Glauben bekennen, in der Mitte unserer Stadtgesellschaft vorstellbar?

Die Antwort kann nur ja lauten, weil wir sonst einen erheblichen Teil der Bevölkerung nicht als Teil der Stadtgesellschaft sehen und den Gedanken der Integration für eine große Gruppe aufgeben. Also müssen wir den Anspruch auf Mitgestaltung, der im Antrag auf Einrichtung eines Kindergartens liegt, annehmen. Er ist im Übrigen rechtlich auch gar nicht abzulehnen. Aber diese rechtliche Dimension hat auch etwas mit unserer Kultur zu tun: Wir sind stolz auf eine der freiheitlichsten, besten Verfassungen der Welt. Wir berufen uns gerade als Mannheimer auf die freiheitliche Tradition, in der schon im 19. Jahrhundert diese Grundwerte eingefordert wurden. Diese Freiheiten allen, die sich an die Gesetze halten, zu gewähren, das macht uns nicht schwach; das ist unsere Stärke und Glaubwürdigkeit. Dass Einige unsere Grundwerte gerne unter den Vorbehalt stellen würden, dass sie auch in anderen Staaten, z.B. in der Türkei, gewährt werden, irritiert

mich doch sehr. Ich dachte immer, dass Freiheit für uns keine kleine Münze im Tauschgeschäft ist, sondern das, was den Kernbestand unserer Gesellschaft ausmacht und womit wir uns identifizieren. Sie ist Teil unserer Kultur, um die wir beneidet werden. Also stehen wir zu unserer Kultur der Freiheit.

Und wir sollten einen solchen Antrag als Chance sehen, ein solches Projekt im Sinne unseres gemeinsamen Verständnisses von Integration zu gestalten. Ziel muss es sein, ein mehr an Bildungserfolg und Integration zu erreichen. Selbstverständlich müssen sich ein solches Projekt und seine Träger daran messen lassen.

Für ein mehr an Begegnung und Austausch können wir alle, jeden Tag, etwas beitragen. Dabei geht es nicht darum, Konflikte und Fragen auszusparen. Vorhandene Sorgen, Ängste und Irritationen sollten nicht verschwiegen, sondern angesprochen werden - in der direkten Begegnung. Nutzen wir dazu auch den heutigen Tag.

Meine Damen und Herren,

Sie sind gefragt als Bürgerinnen und Bürger, als diejenigen, die aktiv diese Stadt gestalten; die das Klima mit bestimmen, die die Stadt repräsentieren, die mit Verantwortung tragen.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement im vergangenen Jahr.

Begleiten und gestalten Sie die Stadt engagiert auch in diesem wichtigen Jahr 2010.

Gemeinsam können wir Mannheim stärken.